

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

77 (1.7.1947)

# NEUESTE NACHRICHTEN

### Trotz unserer Not geben wir Gesamtlösung den Vorzug

Heidelberg, 30. Juni (Dena). Das Ergebnis der zweiten Tagung der Aktionsgruppe Heidelberg war die Annahme einer Entschlossenheit zu dem am Samstag diskutierten Thema „Unmittelbarkeit des Friedens und Unmittelbarkeit Deutschlands“. Den Text der Entschlossenheit hatte der ehemalige hessische Ministerpräsident, Professor Karl Geiler, formuliert: „Wir bekennen uns angesichts der aufkommenden Wohlmeinungen einer Separatfriedensregelung herbeizuwenden müssen, so sehr fürchten wir, daß ein Teilfriede nicht der Friede in den Welt sein wird. Wir fürchten, daß der wirtschaftliche Umbruch der westlichen Teile Deutschlands zu einem selbständigen Glied einer wirtschaftlichen, europäischen Zusammenfassung große Gefahren für ein künftiges einheitliches Deutschland und damit auch für ein einheitliches Europa in sich schließen würde. Eine Separatfriede würde eine kaum wieder zu beseitigende Wasserscheide zwischen Osten und Westen aufrichten, die durch die Mitte Deutschlands geht. Aus diesen Gründen — und trotz unserer Not geben wir daher einer Gesamtlösung den Vorzug.“

### Wieder Postsparkassendienst zwischen den drei West-Zonen

Frankfurt, 30. Juni (Dena). Der Postsparkassendienst zwischen dem amerikanischen, dem britischen und dem französischen Besatzungsgebiet Deutschlands, mit Ausnahme des Saargebietes, wird am 1. Juli aufgenommen, teilte am 28. Juni die Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen mit.

## Der demokratische Sozialismus wird das politische Gesicht Europas formen

Eröffnung des SPD-Parteitag — Zahlreiche ausländische Sozialisten nehmen teil

### „Trennungslinie zwischen Ost- und West bedeutet Zerrissenheit des deutschen Volkes“

Nürnberg, 30. Juni (Dena). Nach Eröffnung des SPD-Parteitages im großen Saal des Zirkus Holzröder in Nürnberg, am Sonntag begrüßte der zweite Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, den Vorsitzenden der internationalen sozialdemokratischen Kommission, Leonow, und die Delegierten der deutschen Emigrantenorganisationen aus Großbritannien, Frankreich, Schweden, Dänemark und den USA.

Ollenhauer erklärte, daß die SPD heute die Hoffnung von Millionen von Menschen in Deutschland verkörpert und wie auf die ungeheure Verantwortung hin, die die SPD durch ihre Arbeit für ein demokratisches und sozialistisches Deutschland übernommen habe.

**Begrüßungsworte Louise Schröders**

„Wenn wir zur zweiten sozialistischen Parteitagung die Vertreter der Sozialdemokraten Frankreichs, Englands, Dänemarks, der Schweiz und anderer Länder begrüßen können, so glauben wir, daß das ein Zeichen dafür ist, daß wir die nationalsozialistische Bewegung überwinden haben“, erklärte Louise Schröders, die bisher amtierende Berliner Oberbürgermeisterin.

**Dr. Schumacher zu den Spannungen zwischen Ost und West**

„Europa ist mit Rußland möglich und ist am besten in der engen Zusammenarbeit mit Rußland möglich. Europa ist nicht möglich, wenn es nicht russisch möglich ist“, erklärte der erste Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Dr. Kurt Schumacher, am Sonntag, während des SPD-Parteitages in Nürnberg.

Es liege eine ungeheure Erleichterung darin, daß sich ein so weitreichendes Angebot der britischen und amerikanischen Hilfe für Europa auf Rußland erstreckte.

Man werde den Deutschen heute immer wieder vor, daß sie keine Initiative zeigten. Man könne aber keine Initiative zeigen, wenn alle Positionen, von denen man auszugehen kann, von den Alliierten behauptet werden.

Der Wirtschaftsrat gebe den Deutschen die Möglichkeit, ihre Stimme gegenüber der Welt zu erheben und sachlich notwendige Hinweise zu geben. Schumacher stellte die Anziehungskraft einer wirtschaftlichen geistlichen Allianz für den Anbruch der anderen Zonen heraus und betonte, daß man diese „stärkste gestaltende Kraft in Deutschland“ nicht schaffen müsse, in einer Situation, bei der wir tatsächlich dem endgültigen Zusammenbrechen und Auslösen der Arbeitskraft weiter unentbehrlicher Kreis stehen.

**Am Vorlage der SPD-Parteitagkonferenz hatte Schumacher in seiner Rede folgende Punkte erklärt: „Der demokratische Sozialismus wird das politische Gesicht Europas formen.“**

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

### „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, bedeutet es sein Ende“

Genf, 30. Juni (Dena-Reuter). „Wenn Europa nicht zusammenarbeiten kann, wird dies sein Ende bedeuten“, erklärte am 27. d. Ms. der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes und Leiter der französischen Delegation bei der internationalen Arbeitskonferenz, Leon Jouxhaux, vor der Vollversammlung der Konferenz.

## Empfang der vier Ministerpräsidenten wurde verlegt

Berlin, 30. Juni (AP). Der Empfang der Ministerpräsidenten der vier Besatzungszonen durch den alliierten Kontrollrat in dessen Montagssitzung wurde verlegt.

Auf Vorschlag des Koordinierungs-Ausschusses des Kontrollrats sollen die Ministerpräsidenten auf der nächsten regulären Sitzung des Kontrollrats erscheinen.

## Schwarzes Schaf im Befreiungsministerium Württemberg-Baden

Stuttgart, 30. Juni (Dena). Der Leiter der Verwaltungsabteilung für Internierten- und Arbeitslager beim württembergisch-badischen Befreiungsministerium Dr. Hermann Wedderkopf, wurde nach einer Mitteilung des Direktors der Entnazifizierungsabteilung der amerikanischen Militärregierung Dr. F. Anderson vom 27. Juni unter dem Verdacht in Frankreich Kriegsverbrechen begangen zu haben, festgenommen. Wedderkopf wird beschuldigt, Kommandant eines Durchgangslagers für politische Gefangene in der Nähe von Paris gewesen zu sein.

## Durchführung des Hoover-Planes für Deutschland

Washington, 30. Juni (Dena-OANS). Vertreter der deutsch-amerikanischen Gruppen in den Vereinigten Staaten ersuchten am 28. d. Ms. Präsident Truman, den Deutschlandhilfsplan Expräsentier Hoovers durchzuführen. Die Zusammenkunft war von dem republikanischen Senator William Langer arrangiert worden.

## Textilfirmen verarbeiten Rohwolle

Bad Nauheim, 30. Juni (Dena). Deutsche Wollkammereien, Spinnereien und Webereien in der britischen und der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands haben von dem „Exchange Service“ der amerikanischen Armee (A. E. S.) im Einvernehmen mit der Vereinigten Export-Import-Agentur einen Auftrag zur Verarbeitung von tausend Ballen australischer und südamerikanischer Wolle erhalten.

Maßgebende Wirtschaftsfachleute der Textilindustrie aller vier Zonen haben ein Übereinkommen getroffen, das die Zusammenarbeit innerhalb der Textilindustrie Gesamtdeutschlands fördert.

## Versuchspersonen KZ Dachau gesucht

Nürnberg, 30. Juni (Dena). Alle früheren Häftlinge des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau, die als Versuchspersonen von Zeugnissen des ehemaligen Leiter des Arztes Dr. Wilhelm Beigeböck im Sommer 1944 verwendet wurden, werden gebeten, sich umgehend schriftlich, telefonisch oder persönlich zur Zeugnisaussage bei Mrs. Norma M. Ervin im Justizpalast Nürnberg, Zimmer 204 zu melden oder aber bei dem Polizeioffizier (Public Safety Officer) ihrer zuständigen Militärregierung vorstellig zu werden, um sich über diesen mit Zimmer 306 in Nürnberg, Justizpalast, zu informieren, in Verbindung zu setzen.

Die in Frage kommenden Personen, die nicht Englisch sprechen, werden ersucht, sich schriftlich an den Justizpalast, Amt Nürnberg 41 401 oder 41 402 voranzumelden. Da die Beweisaufnahme im Prozess gegen die 23 Nazideutsche Versuchspersonen, die in den Meerwasser-Versuchen Beigeböcks Verwendung fanden, werden besonders gebeten, sich zu melden.

Die Namen der Versuchspersonen sind: Stanislaus, Nr. 91 139; Steinbach, Nr. 91 137; Reinhard Xaver, Nr. 91 149; Kappel, Nr. 91 138; Kraus, Nr. 91 141; Jablonski, Nr. 91 142; Daniel Ferdinand, Nr. 91 135; Pitrenko, Nr. 91 141; Akrowitsch, Nr. 91 140; Kiefer, Nr. 91 140; Hoff, Nr. 91 138; Oleschewitsch, Nr. 74 777; Bamberger, Nr. 91 140; Bogdanowitsch, Nr. 91 140; Schmidt, Nr. 91 140; Getz, Nr. 91 140; Blajew, Nr. 67 898; Häftling Nr. 20 113; Reinhard Johann, Nr. 91 160; Lal — andere Daten unbekannt; Ferner folgende Namen (andere Daten unbekannt): Cubic Franz, röm. Kath.; Franz — andere Daten unbekannt; Klaus — andere Daten unbekannt; Bernhard — andere Daten unbekannt; Getz — andere Daten unbekannt; Tschalkowski — andere Daten unbekannt; Mettich — andere Daten unbekannt; Blaskowitsch — andere Daten unbekannt; Broczinski — andere Daten unbekannt.

## 36 Jahre Arbeitslager für Winfried Wagner beantragt

Bayreuth, 30. Juni (Do-Eigenbericht). Durch das Spruchkammerverfahren und -Telegramme, die auf der Schweiz, Schweden, Amerika, Rumänien, Georgien, Bolivien, Afrika übersandt worden waren, Dem Parteivorstand wurde die Fahne übergeben, die Ferdinand Lassalle im Jahre 1863 dem Arbeiterverein in Breslau gestiftet hatte.

## Pressevertreter der Sowjetzone nicht zugelassen

Die in Nürnberg anwesenden Vertreter der Presse der Sowjetzone und der kommunistischen Zeitungen der englischen Zone wurden nicht zur Teilnahme an dem Parteikonferenz der SPD zugelassen. Deswegen wurde dem Vertreter der sowjetischen Lizenzierten Nachrichtenagentur ADN und dem Berichterstatter der im sowjetischen Sektor von Berlin erscheinenden Zeitung „Tägliche Rundschau“ die Pressekarte verweigert.

## Rätselraten um die Pariser Besprechungen der großen Drei

Strenge Geheimhaltung der Sitzungen - Man vermutet keine wesentliche Entscheidung

Molotow äußert: „Hoffnung auf Erfolg begründet“ — Ende der Konferenz noch diese Woche zu erwarten — Die ersten Kommentare — Die kleineren europäischen Nationen kündigen ihre Mitarbeit an — Bevins Protest über Taft-Meldung

### Die Hauptgründe für diese Ansicht sind:

1. Die Tatsache, daß die sowjetische Delegation darum ersucht hat, den Beginn der Sitzung um eine Stunde zu verschieben. Dieses Ersuchen wurde allgemein dahingehend ausgelegt, daß Außenminister Molotow noch immer ungenügende Informationen über die Fortschritt erwartete. 2. Der Umstand, daß für den Sonntag keine Konferenz anberaumt worden ist.

Um welche Punkte sich die Diskussionen von Samstag dreht, ist nicht bekannt, jedoch darf man davon ausgehen, daß wegen völligen Mangels an Informationen am Samstagabend, den Schluß ziehen, daß bis jetzt noch keine substantielle Erklärung über die sowjetische Einstellung abgegeben worden ist.

### Molotow ist optimistisch

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am Samstag, die Hoffnungen auf einen Erfolg der Konferenz der drei Außenminister aus den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas seien begründet.

Abschließend erklärte der sowjetische Außenminister: Diese Hoffnung auf Erfolg der Konferenz ist begründet, denn wir haben alle drei den Willen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Wir wollen nicht die Opfer unserer Länder während des Krieges vergessen, die von uns fordern, daß wir den Frieden schaffen.“

### Erste Informationen sichern durch

Obwohl die Tagung der drei Außenminister offiziell geheim ist, haben sich, wie der Reuter-Korrespondent Silvain Mangelot aus zuverlässiger Quelle erfährt, aus der ersten Diskussion zwischen Molotow, Bevin und Bidault am Freitag bereits die beiden folgenden wesentlichen Punkte herausgeschält:

1. Die sowjetische Delegation ist mit grundsätzlichem definitiven Interesse am

### Marshall-Plan für eine Europa-Hilfe nach Paris gekommen

2. Sie hat ihre Karten noch nicht offen auf den Tisch gelegt und beschränkt sich zunächst darauf, Informationen einzuholen, was der Plan des amerikanischen Außenministers tatsächlich bedeutet.

Somit bleibt die entscheidende Frage, ob die sowjetischen Vertreter als bereitwillige Partner mit dem Wunsch gekommen sind, den von Marshall geforderten Wirtschaftsausschlag in Europa herzustellen, noch immer unbeantwortet.

### Ende der Pariser Besprechungen kommende Woche

Das Ende der Besprechungen der Außenminister, über den Marshall-Plan wird in der französischen Hauptstadt auf kommenden Mittwoch oder Donnerstag vorausgesehen. Ein Mitglied der sowjetischen Delegation, die an den Besprechungen beteiligt sind, erklärte am Samstag, daß die Verhandlungen bereits so weit fortgeschritten seien, daß man die Geheimhaltung vorübergehend durchbrechen und im Kommuniqué über die allgemeinen Grundzüge eines möglichen Übereinkommens veröffentlichen könne.

### Taft kommentiert Pariser Konferenz

Moskau, 30. Juni (Dena-Reuter). Über die Pariser Konferenz hat ein sowjetischer Staat geäußert. Es war somit fähig, Rußland für 1 Milliarde Kredit für den Bezug der berühmten elektrotechnischen Industrieprodukte Schwedens zu geben. Über eine Periode von fünf Jahren sollen die Russen die Möglichkeit haben, im Werte von 270 Millionen Dollar Ware zu kaufen.

Kritik der westlichen Mächte wurde laut, daß Schweden sich damit für eine Orientierung nach dem Osten entscheide, daß diese Art von Wirtschaftspolitik Einschränkung des Exports nach anderen Ländern bedeute. Diese Einwände hat kürzlich ein Sprecher der schwedischen Regierung mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Lieferungen an Rußland nur 12 bis 15% der schwedischen Ausfuhr darstellten, so daß die sonstigen Exportmöglichkeiten Schwedens in keiner Weise gemindert würden. Schweden als Mittler zwischen Ost und West bekennt sich zu zweiseitigen Handelsverträgen.

### Bidault zu dem Taft-Bericht

Der französische Außenminister Georges Bidault berief am Montag die französischen Delegierten bei der Besprechung über den Marshallplan zu einer Konferenz zusammen, um die Durchbrechung der Geheimhaltung der Sitzungen durch die sowjetische Nachrichtenagentur Taft zu erörtern, die nähere Einzelheiten mitgeteilt hatte.

### Bevin will klare sowjetische Stellungnahme fordern

Mitglieder der britischen Delegation bei den Pariser Außenministerbesprechungen erklärten am Montag, Außenminister Bevin sei über die Haltung der Außenminister Molotow gegenüber dem Marshall-Plan einig geworden habe, verzögert und beabsichtigt, auf der Montagssitzung der Außenminister eine klare Stellungnahme zu fordern.

### Reges Interesse der kleinen Länder

Wien, 30. Juni (Dena-INS). Österreich hat den Vereinigten Staaten am Samstag mitgeteilt, daß es bereit sei, den Marshall-Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Bad Nauheim, 30. Juni (Dena). In der Note der Jugoslawen an die Regierungen von Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan gerichtet hat, heißt es, obgleich die jugoslawischen Regierung die konkreten Bedingungen, die mit diesem Plan verbunden sind, sozialdemokratisch, ist bekannt, daß sie sich jedoch für ihre Pflicht, zu erklären, daß Jugoslawien den neuen Plan begrüßt und bereit ist, mitzuarbeiten. Auch die Schweiz hat sich zur Mitarbeit bereit erklärt.

### Regierungen der brit. Zone

Nürnberg, 30. Juni (Dena-APD). In Schleswig-Holstein hat die sozialdemokratische Partei, ab sofort die Bezeichnung „SP“ zu tragen, eine Abkürzung für „Sozialdemokratische Partei Saar“. Man einigte sich auf der gleichen Tagung dahingehend, daß die SP zu allen Bruderparteien engere Beziehungen aufnimmt. — Auch zu der Verfassungskommission unter Vorsitz von Verfassungskommission unter Mitarbeit aller Parteien ausgearbeitet wird — nahm man ausführlich Stellung. Die Partei gab dazu eine Erklärung ab, in der es heißt: „Wir betrachten den wirtschaftlichen Anschluß als eine beschlossene Sache. Lediglich die juristische Form bedarf noch einer Lösung und zwar durch Schaffung eines — im Gegensatz zu den Jahren 1920—1935 — permanenten Saarstaats.“

### Washington. Der amerikanische Senat verabschiedete am 27. Juni die neue Gesetzgebung für die Präsidentenwahl

Washington, 30. Juni (Dena-APD). Der amerikanische Senat verabschiedete am 27. Juni die neue Gesetzgebung für die Präsidentenwahl und leitete sie dem Repräsentantenhaus (Dena-INS).

Washington, Präsident Truman unterzeichnete am Samstag ein Gesetz, wonach die amerikanischen Soldaten gewährte Urlaub, ihre ausländischen Bräute in die Vereinigten Staaten zu bringen, um weitere 6 Monate bis zum 31. Dezember verlängert wird (Dena-INS).

### Washington. Der amerikanische Generalstab, General Dwight D. Eisenhower, forderte am 28. d. Ms. von den 435 Millionen Dollar, die von dem Armeebudget gestrichen wurden, 375 Millionen Dollar wieder zur Verfügung zu stellen.

Eisenhower ersuchte den Ausschuss ferner darum, eine weitere Summe für die Luftstreitkräfte hinzuzufügen. (Dena-INS)

London. Die Sowjetunion hat weitere Schritte unternommen, um sich die Wirtschaft Ruminiens vollständig einzuverleiben, schreibt der diplomatische Korrespondent der „Sunday Times“. Rußland werde dem rumänischen Finanzministerium eine 100 Millionen Rubel-Anleihe anbieten und sich als sicherheit für die rumänischen Staatsanleihen verpflichten lassen (Dena-Reuter).

Paris. Eine Verschwörung gegen die französische Regierung ist in der Bretagne aufgedeckt worden. (Dena-INS)

Bern. Das in Berlin erzielte Abkommen, wonach die Schweizer Nationalbank am 1. Juli ein Export-Importkonto in Schweizer Franken für die amerikanische und die britische Militärregierung für Deutschland eröffnen wird, wurde am 27. d. Ms. von der Schweizer Regierung ratifiziert. (Dena-Reuter)

Fürth. Die SPD-Frauenkonferenz forderte am 27. Juni eine für ganz Deutschland einheitliche Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, da durch die bisher geltenden Gesetze die Frauen benachteiligt würden. (Dena)

## Besserung des Ruhrproblems erhofft

Pressekonferenz mit dem Militärgouverneur von Würt.-Baden, Sumner Sewall

Stuttgart, 30. Juni (Eigenbericht). In einer Stuttgarter Pressekonferenz erklärte der Militärgouverneur von Württemberg-Baden, Sumner Sewall: „Wo eine übersteigerte Bürokratie ist, muß der Auftrieb der Amerikanischen Dienstleistungen werden. Die amerikanische Dienstleistungen werden dafür sorgen, daß die Laufzeit der Formalitäten auf die Hälfte herabgesetzt werden können. Ferner sollen Käufer leichter die Möglichkeit haben, nach Deutschland zu kommen und deutsche Verkäufer ins Ausland. Die Stuttgarter Exportfirma habe viele ausländische Geschäftsleute angelockt.“

Was die internationalen Telefonverbindungen anbetrifft, so lägen 107 Firmenanträge vor, wovon für Württemberg-Baden 38 genehmigt wurden und laufend weiter genehmigt werden. Württemberg-Baden arbeite, die sich freiwillig für die Ruhr genehmigt hätten, kam es wieder zurück, weil die Versicherungen über Wohnung und Verpflegung in keiner Weise erfüllt würden. Sewall gab der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Konstruktionsprojekt der Ruhr dazu beitragen würde, das ganze Ruhrproblem zu bessern.

## Die SP in der Saar

Saarbrücken, 30. Juni (J). Auf einem Parteitag beschloß die sozialdemokratische Partei, ab sofort die Bezeichnung „SP“ zu tragen, eine Abkürzung für „Sozialdemokratische Partei Saar“. Man einigte sich auf der gleichen Tagung dahingehend, daß die SP zu allen Bruderparteien engere Beziehungen aufnimmt. — Auch zu der Verfassungskommission unter Vorsitz von Verfassungskommission unter Mitarbeit aller Parteien ausgearbeitet wird — nahm man ausführlich Stellung. Die Partei gab dazu eine Erklärung ab, in der es heißt: „Wir betrachten den wirtschaftlichen Anschluß als eine beschlossene Sache. Lediglich die juristische Form bedarf noch einer Lösung und zwar durch Schaffung eines — im Gegensatz zu den Jahren 1920—1935 — permanenten Saarstaats.“

## Im Telegrammstil

Washington. Der amerikanische Senat verabschiedete am 27. Juni die neue Gesetzgebung für die Präsidentenwahl und leitete sie dem Repräsentantenhaus (Dena-INS).

Washington, Präsident Truman unterzeichnete am Samstag ein Gesetz, wonach die amerikanischen Soldaten gewährte Urlaub, ihre ausländischen Bräute in die Vereinigten Staaten zu bringen, um weitere 6 Monate bis zum 31. Dezember verlängert wird (Dena-INS).

## Washington. Der amerikanische Generalstab, General Dwight D. Eisenhower, forderte am 28. d. Ms. von den 435 Millionen Dollar, die von dem Armeebudget gestrichen wurden, 375 Millionen Dollar wieder zur Verfügung zu stellen.

Eisenhower ersuchte den Ausschuss ferner darum, eine weitere Summe für die Luftstreitkräfte hinzuzufügen. (Dena-INS)

London. Die Sowjetunion hat weitere Schritte unternommen, um sich die Wirtschaft Ruminiens vollständig einzuverleiben, schreibt der diplomatische Korrespondent der „Sunday Times“. Rußland werde dem rumänischen Finanzministerium eine 100 Millionen Rubel-Anleihe anbieten und sich als sicherheit für die rumänischen Staatsanleihen verpflichten lassen (Dena-Reuter).

Paris. Eine Verschwörung gegen die französische Regierung ist in der Bretagne aufgedeckt worden. (Dena-INS)

Bern. Das in Berlin erzielte Abkommen, wonach die Schweizer Nationalbank am 1. Juli ein Export-Importkonto in Schweizer Franken für die amerikanische und die britische Militärregierung für Deutschland eröffnen wird, wurde am 27. d. Ms. von der Schweizer Regierung ratifiziert. (Dena-Reuter)

Fürth. Die SPD-Frauenkonferenz forderte am 27. Juni eine für ganz Deutschland einheitliche Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, da durch die bisher geltenden Gesetze die Frauen benachteiligt würden. (Dena)

## Monarchie und Sozialisierung

Zu den wenigen Ländern, die sich auch in diesem letzten, eine ganze Welt in Aufruhr versetzenden Krieg ihre Neutralität bewahrt haben, gehört Schweden, das sich bis auf den heutigen Tag die Monarchie erhalten hat. Bestrebungen, nach dem Tode Gustav Adolfs die Republik auszurufen und den Kronprinzen als Präsidenten an die Spitze zu setzen, haben sich bei der ersten Gelegenheit, dem Tod des alten Königs, nicht in die Tat umgesetzt. Die Schweden lieben ihren Monarchen, ihre Monarchie, obwohl die politischen Entscheidungen durchweg von der Regierung, von den Parteien getroffen werden. Legitimus ist bei ihnen Gefühlssache, nicht Überlegung, Monarchie, das heißt Tradition, Sicherheit im Hintergrund der unsicheren politischen Geschäfte, letzte Möglichkeit eines Vetos. Auch Neutralität gehört in Schweden zu Tradition und Vieles ist es das Verdienst des Monarchen, daß sie gewahrt wurde.

Zwar hat Hitler versucht, auch Schweden unter militärischen Druck zu setzen, aber Schweden hat es verstanden, hinter seiner Höflichkeit Deutschland gegenüber die Sympathie für die Westmächte nicht aufzugeben und kühl verbindlich die Neutralität zu wahren. Der Krieg störte zwar den sozialen Aufbau der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, die seit der ökonomischen Krise von 1932 der zunehmenden Arbeitslosigkeit und den unübersichtlichen Verhältnisse durch ein umfassendes Sozialisierungsprogramm Einhalt zu gebieten suchte und er verursachte Unterbrechungen in den internationalen Handelsbeziehungen des Landes. Das stark nach England orientierte Schweden trat während des Krieges in engerer Handelsbeziehung mit Deutschland. Ausschlaggebend war der Austausch von Erzen gegen Kohle. Schweden ist typisches Einfuhrland für Kohle und Koks (8 Mill. t pro Friedensjahr). Seit Deutschland nach dem Zusammenbruch aufhörte, zu liefern, ist in Schweden ein beträchtlicher Mangel an Kohle und Koks aufgetreten. Die Bestellungen aus aller Welt können nicht vollkommen befriedigt werden, weil diese Rohstoffe fehlen, Arbeitskräfte dazu. Der Schein, daß die deutschen Lieferungen auf dem Weltmarkt zu ersetzen seien, trog.

Dagegen ist Schweden dank seiner Neutralität ein in seltenem Maße finanzkräftiger Staat geblieben. Es war somit fähig, Rußland für 1 Milliarde Kredit für den Bezug der berühmten elektrotechnischen Industrieprodukte Schwedens zu geben. Über eine Periode von fünf Jahren sollen die Russen die Möglichkeit haben, im Werte von 270 Millionen Dollar Ware zu kaufen.

Kritik der westlichen Mächte wurde laut, daß Schweden sich damit für eine Orientierung nach dem Osten entscheide, daß diese Art von Wirtschaftspolitik Einschränkung des Exports nach anderen Ländern bedeute. Diese Einwände hat kürzlich ein Sprecher der schwedischen Regierung mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Lieferungen an Rußland nur 12 bis 15% der schwedischen Ausfuhr darstellten, so daß die sonstigen Exportmöglichkeiten Schwedens in keiner Weise gemindert würden. Schweden als Mittler zwischen Ost und West bekennt sich zu zweiseitigen Handelsverträgen.

Sieht man von der Kohlenknappheit und der noch nicht wieder genügend organisierten Kohle-Einfuhr ab, so geht Schweden im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Wirtschaften einer absoluten Gesundheit auf wirtschaftlichem Gebiet entgegen. Handelsabkommen mit USA, Frankreich, Rußland und den skandinavischen Ländern wurden abgeschlossen, die Erzsicherungen über Narvik nahmen wieder zu, Kriegsverluste der Handelsflotte wurden ausgeglichen, mit den wichtigsten Hauptteilen in Westeuropa durch seine Luftfahrt verbunden.

Außerdem hat Schweden seine Sozialisierungsbestrebungen nicht aufgegeben. Die SP erzielte in ihrem Nachkriegsprogramm wesentliche Verbesserungsfolge zum Wohlergehen der arbeitenden Klasse. Die Kronenwert ist nicht gefallen, es andern Industriern gleich zu tun und die moderne Entwicklung zum Sozialismus zu unterstützen.

Die Wirtschaftstätigkeit des von der Konjunktur so begünstigten Landes steht wieder auf hohem Niveau. Der Lebensstandard einer Bevölkerung ist im Vergleich mit dem des übrigen Europas ungewöhnlich hoch; ein glückliches Kind in der Familie der kranken europäischen Völker. G. W.

## Dr. Agartz zurückgetreten

Herford, 30. Juni (Dena-Reuter). Dr. Viktor Agartz, der Leiter des bizonalen Verwaltungsamtes für Wirtschaft in Minden, ist am 28. Juni von seinem Posten zurückgetreten.

Der Rücktritt erfolgte aus gesundheitlichen Gründen und wurde drei Stunden später bekannt, nachdem ein leitender britischer Wirtschafts-Sachverständiger erklärt hatte, daß Dr. Agartz-Plan für die Überführung der Ruhr-Bergwerke unter deutsche Kontrolle nicht angenommen werde.

Es bestehe kein Ansichts des Sachverständigen keine Hoffnung, daß die Ruhrbergwerke ab 1. Juli, wie im Agartz-Plan vorgesehen, von deutschen Stellen übernommen werden könnten. Er bezweifelte, daß sie überhaupt unter deutsche Kontrolle kommen würden.

## Jakob Kaiser zur deutschen Lage

Bremen, 30. Juni (Dena). „Wir müssen und wollen uns dagegen wenden, daß Deutschland infolge der Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West allmählich auf einen Lebensstandard herabsinkt, der mit Menschenwürde nichts mehr zu tun hat“, erklärte der Vorsitzende der CDU in der sowjetischen Zone, Jakob Kaiser, am 27. Juni. Er wandte sich gegen jene Deutschen, die sich nicht gern mit den revolutionären Prinzipien des Ostens auseinandersetzen und nach deren Meinung der Vorhang zwischen der östlichen und westlichen Hälfte zunächst lieber geschlossen bleiben solle.

## Hilpert fordert Zusammengehen der SPD und der CDU

Fulda, 30. Juni (Dena). Die einzige Möglichkeit, aus dem Elend der Zeit herauszukommen, sei das Zusammengehen der beiden größten deutschen Parteien, der CDU und SPD, und Hintanzetzung aller parteipolitischen Ziele, erklärte der hessische Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident, Dr. Werner Hilpert, am 29. Juni, während einer CDU-Bauernversammlung. Auf alle Fälle müsse der ungesunde Zustand beseitigt werden, daß derjenige, der nicht arbeitet, mehr Geld besitzt als der Arbeitende. Dies sei durch eine plötzliche Blockierung des Geldes möglich, ohne daß man damit einer endgültigen Wirtschaftsreform vorgreife.

Es ist damit zu rechnen, daß die Ernennung in diesem Jahr 30 Prozent geringer ausfällt als die des Vorjahres, erklärte der hessische Landwirtschaftsminister Karl Lorberg.





